

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achttägigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Ruffchrift für Drahtnachrichten.
Erzähler Hachenburg. Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhübel in Hachenburg.

268 | Zugpreis: vierteljährlich 270 M.,
monatlich 90 Pf., mit Bringerlohn; durch die
Welt 2,55 M., beginnend 85 Pf., ohne Bringerlohn.
Hachenburg, Donnerstag, den 14. November 1918. | Anzeigenpreis (zahlbar im voraus)
die sechsgepaltene Zeile oder deren
Raum 20 Pf., die Restzeile 60 Pf. | 11. Jahrg.

An die Einwohner Hachenburgs!

Der unterzeichnete Arbeiter- und Soldatenrat ist am 13. November durch geheime Wahl der Hachenburger Bevölkerung gebildet worden.

Er sieht seine Aufgabe vor allem in der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit. Er will für eine gerechte Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel an die Bevölkerung Sorge nehmen und gleichzeitig die Ernährungsfrage für die nächsten Monate zu lösen suchen. Ebenso bringt Demobilisation sicherlich Schwierigkeiten, deren Bewältigung schon heute vorbereitet werden muß.

Die städtischen Korporationen und Beamten unterstehen dem A. u. S. Rate, der ihre Tätigkeitsfortlaufend überwacht.

Wir erwarten zur Durchführung unserer Aufgabe die Unterstützung der gesamten städtischen Bevölkerung. Die Demokratisierung und die Ausübung des Selbstverwaltungsrechtes bringen sehr viele Pflichten, mehr Pflichten als Rechte. Alle vernünftigen Kreise sind sicher bereit, an den angeführten Aufgaben mitzuarbeiten und namentlich die Jugendlichen, die die Bewegung zum Leben nicht mit dem notwendigen Ernst ansehen, im Zaume zu halten.

Jedem Einwohner soll das gleiche Recht nun wirklich werden, das bereits während der Dauer des Krieges auf dem Papiere vorgesehen war. Wir bitten Wünsche und Anregungen an uns zu gelangen zu lassen; es wird auf dem Rathaus stets ein Mitglied des unterzeichneten Rates mittags von 9-12 und nachmittags von 2-4 anwesend sein. Der gesamte A. u. S. Rat ist außerdem täglich nachmittags von 5-7 Uhr im Flottenstäbchen „des scharfen Ed's“ sammelt und für Jedermann zu sprechen.

Wir fassen unsere Aufgabe als eine vorübergehende auf und hoffen, daß in möglichst baldiger Zukunft durch den Zusammentritt der Nationalversammlung die politischen Verhältnisse eine endgültige Regelung erfahren.

Hachenburg, den 14. November 1918.

Arbeiter- und Soldaten-Rat Hachenburg.

- Karl Richter.
- Ferd. Latsch.
- Max Schill.
- Johannes Wagener.
- Ludwig Kramer.
- Hermann Groß.

Das Programm der Regierung

Das Sechsmännerkollegium, das jetzt in Deutschland die gesamte Staatsgewalt in seinen Händen vereinigt — Scheidemann, Landberg von den Reichsrenten, Dittmann von den unabhängigen Sozialisten, Barth der noch weiter links stehenden Gruppe — geht an die Arbeit, das muß man sagen. Am Sonntag nach dem Ausbruch gewählt, veröffentlicht es bereits nach einmal vierundzwanzig Stunden ein ausführliches Programm. Die Herren hatten dabei allerdings insofern ein Spiel, als sie in der Hauptsache nur in reichgefüllte Vorratskammer ihrer Parteiforderungen zu greifen brauchten, deren Verwirklichung auch ganz offen als die Aufgabe der neuen, sozialistischen Regierung bezeichnet. Daß diese aus Revolution hervorgegangen ist, wird gleich zu Anfang der Kundgebung mit klaren Worten festgestellt. Es soll gesagt sein: Wir fühlen uns an keinen früheren an keinen bestehenden Rechtszustand gebunden, wir wollen vollkommen souverän, zu tun und zu lassen, was uns nötig oder notwendig erscheint, wir können und wir werden deshalb die neue Zukunft des Volkes, die wir beabsichtigen, so herrichten, wie es unseren Grundsätzen entspricht, und fühlen uns dabei los und ledig der Rücksicht, an welche die bisherigen Regierungen der Vergangenheit sich banden.

Und so folgen denn auch sofort neun Punkte, von denen gesagt wird, daß sie schon jetzt mit Befehlshand verhängt werden. Also: der Reichstag ist beseitigt, Bundesrat gehört der Geschichte an. Die neue Regierung beschränkt sich nicht auf die Ausarbeitung von Gesetzen, die sie den gesetzgebenden Körperschaften vorlegt. Gesetzgebung ist auch ihres Amtes, vorläufig wenigstens, solange der Reichstag noch nicht in der deutschen Nationalversammlung einen den Grundlagern der gegenwärtigen Revolution entsprechenden Nachfolger erhalten hat. Wenn man die neun Punkte indessen näher betrachtet, so erkennt man bald, daß sie überwiegend der Befreiung außerordentlicher Zustände dienen. Unter ihnen: der Belagerungszustand wird aufgehoben, nur in Ordnung ist, da der Krieg zu Ende ist und vorübergehende Vollmachten, wenn die neue Regierung bedürfen sollte, jeden Augenblick zu haben wären. Punkt 2: Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechts, auch für Beamte und Staatsarbeiter; gleiche eine Selbstverständlichkeit für eine revolutionäre

Regierung. Drittens: Aufhebung der Zensur — Wort sei Dank kann man dazu nur sagen, in allen Parteien. Viertens: Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift steht schon in der preussischen Verfassung. Aber gerade im Augenblick von besonderer Bedeutung, weil diese Freiheit seit den Tagen der Revolution in Berlin wie im Reich eine Anzahl von verbreiteten Tagesblättern mit mehr oder minder sanfter Gewalt durch Eingriffe bestimmter Gruppen beschränkt oder genommen wurde. In Berlin waren es vielleicht ein halbes Dutzend, die jetzt wieder freigegeben sind; in Hamburg, in Frankfurt a. M., in München wird wohl auch in dieser Beziehung die Ordnung wiederhergestellt sein. Fünftens: Freiheit der Religionsübung, auch aller Religionsgrundlagen in Preußen-Deutschland. Sechstens: Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird, im wesentlichen, aufgehoben; was wohl auch ohne weiteres ertragen werden kann, da sein Rechtsgrund, der Kriegszustand, aufgehört hat. Das gleiche gilt von der Wiederentkräftigung der Arbeiterschutzbestimmungen, die bei Beginn des Krieges aufgehoben wurden. Bleiben noch zwei Punkte: Erweiterung der Amnestie auf alle politischen Straftaten und Niederlegung der wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren und endlich die Befreiung der Gefangenensoldaten von der Landarbeit. Was insofern besonders interessant ist, als es zeigt, daß die neuen Herren auch die bisherigen Grenzen zwischen Reichs- und Landesgesetzgebung als beseitigt ansehen. Gedacht ist dabei natürlich in erster Reihe an die alte preussische Gefangenensoldaten, von der wirklich kein Segen mehr ausgeht.

Aber nun weiter: der Rest ist wirklich Programm. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitszeit in Kraft treten. Eine Forderung, so alt wie die sozialdemokratische Partei, der im gewerkschaftlichen Leben schon vielfach teils auf gewerkschaftlichem Wege, teils durch freie Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Geltung verschafft worden ist und deren allgemeine Einführung gerade jetzt durchaus zu rechtfertigen ist, weil der Kräfte- und Gesundheitszustand unseres Volkes nach den schweren Leiden der Kriegszeit ganz besonderer Schonung bedarf. Dann kommen alle die Gebiete, die schon die letzten Regierungen auf das angelegentlichste beschäftigten: Ausreichende Arbeitsgelegenheit für die nächste Zeit, Unterstützung der Erwerbslosen, Erweiterung der Krankenversicherungspflicht über die bisherige Grenze

von 2500 Mark, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung einer geregelten Volksernährung, Aufrechterhaltung einer geordneten Produktion, Schutz des Eigentums gegen private Eingriffe, der Freiheit und Sicherheit der Person — lauter gute alte Bekannte, die auch den nicht-sozialistischen Schichten des deutschen Volkes durchaus willkommen sein werden. Zum Schluß das allgemeine, gleiche Verhältniswahlrecht zu allen öffentlichen Körperschaften, für alle mindestens 20 Jahre alten Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts. Das ist allerdings eine Radikalkur. Zum Schluß werden für die konstituierende Versammlung noch nähere Bestimmungen in Aussicht gestellt.

So sieht der Anfang aus. Danach haben wir keinen Grund, mutlos zu werden. Das Alte ist nun einmal über, und auch wer sich vor dem Sprung ins Dunkle fürchtet, wie vor der Sünde, muß ihn wagen. Wir wollen den Kopf nur oben behalten und bauen helfen, wo und soweit wir es können. Jedenfalls: wir haben tatkräftige Männer an der Spitze des Reiches, das ist schon viel, sehr viel wert. Nichts ärgeres könnte uns jetzt zustößen, als die Fortdauer der vielbesagten früheren Kräftelosigkeit. Auch für das Bürgertum wird bald die Gelegenheit gegeben sein, seine Rechte und Interessen in geordneten Bahnen zur Geltung zu bringen. Dann muß es gelingen, aus dem Zusammenbruch wieder ein lebensfähiges deutsches Neuzustand aufzurichten.

Im Namen des Volkes.

Erlasse der neuen Reichsregierung.

I. An die Oberste Heeresleitung.

Die Volksregierung richtete an die Oberste Heeresleitung ein Telegramm, in welchem betont wird, daß die Demobilisierung nach einem geordneten Plane vor sich gehen müsse, damit kein Chaos mit Hunger und Not entstehe. Sie ersucht darum, folgendes anzuordnen:

1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitigem Vertrauen aufzubauen. Willige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Vorbedingungen.

2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Zurückführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Heer müssen deshalb unter allen Umständen aufrechterhalten werden.

3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimme in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs, der Verhängung von Disziplinarstrafen. Ihre oberste Pflicht ist es, auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuwirken.

4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamte und Mannschaften. 5. Gleiche Zuschüsse zu den Löhnungen. Gleiche Feldzulagen für Offiziere und Mannschaften.

6. Von der Wehr wegen Ansehens des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr aber zur Verhinderung von Unordnungen Gebrauch zu machen.

Generalfeldmarschall von Hindenburg läßt einen Erlaß an die Armee veröffentlichen, in dem er die gemachten Forderungen des Volkes hervorhebt und sagt: „Aufrecht und fest gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden bestanden, mit dem Bewußtsein, daß wir unser Land, unsere Ehre bis zum Äußersten verteidigt haben. Schöpfen wir neue Kraft.“ Dann bittet Hindenburg die Armee um Selbstbeherrschung und Befehlserfüllung und schließt: „Im Kampfe habt ihr euren Feldmarschall niemals im Stich gelassen. Ich vertraue auch jetzt auf euch.“

II. An die Marine.

An den Staatssekretär des Reichsmarineamtes richtete die Volksregierung ein Telegramm, in welchem gebeten wird anzuordnen, daß die militärische Disziplin, Ruhe und straffe Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten sind, daß daher den Befehlen der militärischen Vorgesetzten bis zur erfolgten Entlassung unbedingt zu gehorchen ist, und daß eine Entlassung von Marineangehörigen aus der Marine nur auf Befehl der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen hat. Die Vorgesetzten haben ihre Waffen und Rangabzeichen beizubehalten. Alle Beschädigungen von Schiffen, militärischen Einrichtungen und Kriegsmaterial müssen unterbleiben. Alle Kräfte haben mitzuarbeiten, damit die Bedingungen des Waffenstillstandes beschleunigt und restlos durchgeführt werden.

III. Bietet Bauernräte!

An die deutsche Landbevölkerung richtet der Rat der Volksbeauftragten einen lauten Aufruf, in welchem zur freiwilligen Bildung von Bauernräten aufgerufen wird, um die Volksernährung, sowie die ungehinderte Fortführung der landlichen Betriebe sicherzustellen. In dem Aufruf heißt es:

Die Reichsregierung hat den Wunsch, die staatlichen Eingriffe zur Sicherung der Volksernährung auf das absolut Notwendige zu beschränken in der Erkenntnis, daß Freiwilligkeit und Selbstverwaltung schneller und besser zum Ziele führen als die beste bürokratische Organisation. Die landliche Bevölkerung kann versichert sein, daß die Reichs-

regierung die nachdrücklichst haben wird vor allen wirtschaftlichen Eingriffen in ihrer Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Wenn der Hunger niemand aus der Stadt auf Land treibt und die von der Front zurückkehrenden Soldatenmassen regelrecht versorgt werden können, was es solcher Schutzmaßnahmen gar nicht bedürftig. Deshalb ist die freiwillige Lieferung der erforderlichen Lebensmittelmengen das sicherste Schutzmittel vor Störungen der Ruhe und Ordnung auf dem Lande und garantiert auch am besten den ungehinderten Fortgang der ländlichen Betriebe. . . .

Die politische Neuordnung.

Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.

Berlin, 13. November.

Gestern konstituierte sich im Gebäude des preussischen Herrenhauses der Vollzugsrat des AuSR. Diese Körperschaft besteht aus 28 Mitgliedern, 14 Soldaten und 14 Arbeitern. Die Mehrheitsfraktion und die unabhängigen Sozialdemokraten sind mit je 7 Mitgliedern vertreten. Trotz dieser Zahlenungleichheit meint man, daß die Grundzüge und Anschauungen der sozialdemokratischen Mehrheit im Vollzugsrat überwiegen werden. Es muß im Zusammenhang damit bemerkt werden, daß die Soldaten schon bei den Wahlen am Sonntag die gemäßigteste Richtung vertraten und ihr zum Siege verholfen. Jedenfalls scheinen die Grundzüge der Mehrheitsfraktion richtunggebend zu sein.

Die politische Reichsleitung wird dem Vollzugsrat für ihre Regierungsmaßnahmen verantwortlich sein. Unter anderem wird die Regierung keine Besetzung von höheren Staatsämtern vornehmen können ohne die Zustimmung des Vollzugsrates. Der Vollzugsrat wird täglich Sitzungen abhalten und es sich zur Aufgabe machen, gemeinsam mit der Regierung die brennendsten Lebensfragen zu lösen, denen Deutschland zurzeit gegenübersteht: die Wiederherstellung der Ordnung und Schaffung eines festen, sicheren und zuverlässigen arbeitenden Staatsorganismus, Lösung der Ernährungsfragen, Demobilisierung, Friedensschluß und Überleitung in die Friedenswirtschaft. Sobald diese dringenden Aufgaben, die unbedingt schnell gelöst werden müssen, in der Hauptsache erledigt sind, sollen die Wahlen zur Nationalversammlung in Angriff genommen werden.

Verteilung der Reichsgeschäfte.

Für die Bearbeitung ihrer Dienstgeschäfte hat die Reichsregierung nachfolgende Geschäftverteilung vorgelesen: Ebert, Inneres und Militärisches; Haase, Äußeres und Kolonien; Scheidemann, Finanzen; Dittmann, Demobilisierung, Verkehrsweisen, Rechtspflege, Volksgesundheit; Landsberg, Presse und Nachrichtenwesen, Kunst und Literatur; Barth, Sozialpolitik.

Die Frage der Nationalversammlung.

Am Anschließ an die Äußerungen des Präsidenten der bayerischen Republik, Kurt Eisner, über den wünschenswerten baldigen Zusammenschluß der konstituierenden Versammlung, wurden die Führer der unabhängigen Sozialdemokratie nach ihrer Stellung zu dieser Angelegenheit befragt, da in der Presse vielfach ange deutet worden war, die Unabhängigen seien gegen die Einberufung einer Konstituante. Die Unabhängigen antworteten, daß die unabhängige sozialdemokratische Partei zu dieser Frage überhaupt noch in keiner Weise Stellung genommen hätte.

Die Fortschrittliche Volkspartei erklärt einen Aufruf, in dem sie betont, daß sofort nach Beschluß des jetzigen Reichstages in freier Abstimmung von Männern und Frauen die Nationalversammlung zu wählen ist, die über staatliche Grundfragen entscheidet. Zum Schutz der Wählerbedürfnisse bedarf es dabei der Verhältniswahl. Aufgabe der so geschaffenen Volksvertretung und der aus ihr zu bildenden Regierung ist die Wahrung und Stärkung der Freisinnigkeit und der Ausbau der Verfassung unter Anerkennung des gleichen Rechts für alle. Jede, wie immer geartete Diktatur oder Herrschaft ist verwerflich. In der schmerzlichen Zeit des Überganges, laßt der Aufruf, ist

die unbedingte Erhaltung der öffentlichen Ordnung, der Schutz von Leben und Eigentum und die Sicherstellung der Ernährung das höchste Gebot. Wer es erfüllen will, soll von uns unterstützt werden.

Arbeitsamt für geistige Kräfte.

Der AuSR. in Berlin teilt mit: Es ist ein Arbeitsamt gegründet worden, das die Aufgabe hat, die geistigen Kräfte des wissenschaftlichen und praktischen Lebens, soweit sie sich auf den Boden der deutschen Republik stellen, zusammen zu fassen. Es ist damit eine Organisation geschaffen, die es dem AuSR. ermöglicht, diese Kräfte für den Neuaufbau des Staatsgebildes zur Verfügung zu stellen. Das Arbeitsamt nimmt die vom Studentenrat und vom Rat geistiger Arbeiter eingeleiteten Bestrebungen zur Sammlung intellektueller Kräfte in sich auf. Das Arbeitsamt des AuSR. ist die einzige Stelle, der sämtliche Meldungen dieser Art einzureichen sind.

Deutsches Luftamt.

Die Reichsleitung beauftragt den Soldatenrat der Fliegertruppen zur Umgestaltung der bisher in den Dienst des Krieges gestellten Organisationen des Flugwesens in eine Friedensgliederung unter dem Namen: Deutsches Luftamt. Dieser Betrieb hat die Aufgabe, sich in den Dienst des Volkes zu stellen, auf den Gebieten von Handel, Verkehr, Post, Nahrungsmitteltransporten und Wachdienst.

Verschiedene Meldungen.

Berlin, 13. Nov. Der Soldatenrat hat für seine Mitglieder die schwarz-rot-goldene Armbinde als Wahrzeichen der deutschen Demokratie eingeführt.

Berlin, 13. Nov. Der frühere Botschafter v. Bamer und der frühere Staatssekretär des Reichsanw. des Innern, Justizrat Trimborn, sind in ihre Heimat abgereist. Die Führung der Geschäfte hat Unterstaatssekretär Bewald übernommen.

Berlin, 13. Nov. Staatssekretär Graf Rüdern hat sich von seinen Beamten verabschiedet und ihnen mit warmen Worten die Weiterarbeit unter der neuen Regierung ans Herz gelegt. Die Führung der Geschäfte ist vorläufig dem Unterstaatssekretär Schiller übergeben.

Berlin, 13. Nov. Die etwa 6000 Justizbeamten der Groß-Berliner Gerichte haben aus ihrer Mitte Arbeiter- und Soldatenräte in allgemeiner, gleicher und direkter Wahl zu wählen und durch diese sich der neuen Regierung zur Mitarbeit am Aufbau des neuen Volkstaates zur Verfügung zu stellen.

Berlin, 13. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat gibt bekannt: Theater und Kinos spielen bis 10^{1/2} Uhr. Spaziergänge nach 8 Uhr sind verboten.

Wilson gegen die Bolschewisten.

Die Lebensmittel für Deutschland.

Rotterdam, 13. November.

Nach einer Drahtmeldung aus Washington hat Präsident Wilson in einer Ansprache an den Kongreß die Waffenstillstandsbedingungen offiziell bekanntgegeben und dabei nochmals Lebensmittelhilfe für Deutschland angekündigt. Wilson geht dabei von der Ansicht aus, daß „Dürre keine Reformen erzeuge“, sondern Wahnsinn und sonstige Auswüchse, die eine gedeihliche Weiterentwicklung unmöglich machen. Die Lebensmittelfuhr soll mit Hilfe deutscher Schiffe erfolgen und sobald wie möglich in die Wege geleitet werden. Auch die Verbündeten der Vereinigten Staaten haben dieser Maßregel zugestimmt. Sie alle und besonders Wilson lassen sich dabei von dem Gedanken leiten, daß Ruhe und Ordnung im neuen deutschen Reich die beste Gewähr gegen ein weiteres Umsichgreifen des russischen Bolschewismus sind, den sie mit allen Mitteln bekämpfen sollten. Grasse vollbringen nichts, betont Wilson in seiner Ansprache mit Nachdruck, wie auch das unglückliche Rußland jüngst reichlich bewiesen habe. Die bemerkenswerte Ansprache des Präsidenten schließt mit dem Hinweis darauf, daß die Gegenwart und die Zukunft der Nationen abhängt, die ihre Selbstbeherrschung und den ordnungsmäßigen Gang der Geschäfte bewahren. Die Völker, die eben erst ange-

dem Joch der Willkürlichkeit herabgelassen sind, und die jetzt endlich in den Besitz ihrer Freiheit gelangen, werden die Blüte der Freiheit, die sie suchen, niemals finden können, wenn sie es beim Scheitern der Fackel tun. Sie werden finden, daß jeder Weg, der mit dem Blute ihrer eigenen Brüder besudelt ist, in die Wildnis und nicht zum Siege ihrer Hoffnung führt.

Ergebnis der 9. Kriegsanleihe.

Angefahr 10^{1/2} Milliarden.

Berlin, 13. November.

Das Ergebnis der 9. Kriegsanleihe beträgt nach den bisher vorliegenden Meldungen ohne die zum Umtausch gelangten älteren Kriegsanleihen 10 Milliarden 337 Millionen Mark. Zeitanzeigen stehen noch aus, so daß sich der Gesamtbeitrag noch etwas erhöhen dürfte.

Im Hinblick auf die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Kriegsanleihe aufgelegt wurde, muß dieses Ergebnis, wenngleich es an die Resultate der vorangegangenen Anleihen erklärlicherweise nicht heranreicht, doch als höchst befriedigend bezeichnet werden. Die früheren acht Kriegsanleihen hatten das folgende Ergebnis:

| | |
|------------------|----------------------|
| 1. Kriegsanleihe | 4 480 Millionen Mark |
| 2. „ | 9 106 „ |
| 3. „ | 12 160 „ |
| 4. „ | 10 768 „ |
| 5. „ | 10 609 „ |
| 6. „ | 13 122 „ |
| 7. „ | 12 625 „ |
| 8. „ | 14 766 „ |

Das Gesamtresultat, einschließl. der 9. Kriegsanleihe, beträgt also 98^{1/2} Milliarden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Bei der Auflösung der deutschen Verwaltung in Polen ist eine Vereinbarung zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zustande gekommen. Alle Meldungen von blutigen Zusammenstößen zwischen deutschen Soldaten und polnischen Legionären sind übertrieben.

In längeren Ausführungen wendet sich Scheidemann gegen Lloyd George. Letzterer predigt nämlich unmaßsächlich noch die Vernichtung des deutschen Volkes, weil es an der Kriegspolitik der alten Regierung mit schuld sei, unterweist dagegen die Einigkeit des englischen Volkes und des Reiches. Scheidemann erklärt beides für unwahr. Besonders die gerielene englische Einigkeit bestehe ganz und gar nicht, auch dort hätten es Volk, Heer und Flotten längst satt, sich von den Kapitalisten weiter für ihre Zwecke mißbrauchen zu lassen. Das deutsche Volk, so behauptet Scheidemann, ist in diesen Tagen dabei, Lloyd George zu beweisen, daß seine selbstgegebene Ordnung dieser letzten haren Not voll standhält. An dem englischen Volk und den anderen Völkern der Entente wird es sein, die Stunde der Weltbefreiung zu einer unabweisbaren Abkehr an den Imperialismus ihrer Regierungen zu bewegen.

Durch W. L. B. läßt die neue Regierung folgende Erklärung gegen falsche Gerüchte von der Unzulässigkeit der Erklärung von Kriegsanleihen verbreiten. In der Erklärung wird das Gerücht verbreitet, daß die gegenwärtige Regierung, der Rat der Volksbeauftragten, die Abkündigung der Kriegsanleihen zu annullieren. Die Regierung läßt Wert darauf, diese Gerüchte auf das bestimmteste zu dementieren.

Eine Kommission des Reichsbundes der Kriegsschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hat sich mit dem Kriegsministerium in Verbindung gesetzt, um dort die Übernahme des militärischen Versorgungswesens durch sachverständige Vertrauensleute der Kriegsschädigten in Anregung zu bringen. Vom Kriegsministerium wurde die Prüfung dieser Forderung zugelassen und ihre Erfüllung in naher Zukunft in Aussicht gestellt.

Rote Rosen.

Roman von G. Courtis M. hler.

13) Nachdruck verboten.

Sie würde es lächerlich finden. In meinem Alter darf man nicht ungestraft den verliebten Seladon spielen, dachte er.

Und laut fuhr er fort: „Allerdings, sie würden verweilen, aber sie hätten dann noch ihren Zweck erfüllt, dich zu schmüden.“

Sie zuckte leicht mit der Schulter. „Jetzt schmüden sie mein Zimmer, damit erfüllen sie ihren Zweck auch“, sagte sie scherzend.

Gleich darauf trat der Minister ein, und sie plauderten nun zu dreien. Zunächst verabredeten sie für den Nachmittag eine gemeinsame Ausfahrt. Und im Laufe des Gesprächs sagte Graf Rainer scherzend: „Ich habe heute vergeblich aufgespaßt, ob du dein Versprechen einlösen würdest, Josta.“

Sie sah ihn fragend an.

„Welches Versprechen?“

„Du wolltest mir doch mit deinem Dogcart Fensterparade machen?“

Sie ging auf den Scherz ein.

„Dies Versprechen gab ich unter anderen Verhältnissen“, sagte sie lachend. „Ich wollte Onkel Rainer Fensterparade machen. Meinem Verlobten darf ich solche Aufmerksamkeiten nicht erweisen, das würde sich nicht schiden. Das ist höchstens würdigen alten Herren gegenüber erlaubt.“

Sie ahnte nicht, daß sie ihn mit dem „würdigen alten Herrn“ an einer empfindlichen Stelle traf, weil er tatsächlich in Sorge war, er sei zu alt für sie.

„O, mir scheint, so ein guter, alter Onkel hat es viel besser, als ein Bräutigam.“

„Ja, wer sich leichtsinnig in Gefahr begibt, kommt darin um“, neckte sie.

Er war froh, daß sie sich wieder zu dem hetteren, scherzhaften Ton zurückwand, in dem sie sonst mit ihm verkehrte, und er hielt ihn fest.

So kam das Brautpaar langsam, wenigstens im äußerlichen Verkehr, wieder ins Gleichgewicht. Sie hielten beide den unbefangenen scheinenden hetteren Ton fest, und als Graf Rainer sich dann verabschiedete,

setzte ihm Josta ein lachendes Wort.

Aber als sie gleich darauf allein in ihrem Zimmer saß war ihr Antlitz ernst und traurig. Und sie schrieb in ihr Tagebuch:

„Am 5. Mai. Ich weiß nicht, ob ich es ertragen werde. Es ist so schwer, Rainer mit Gleichmut zu begegnen, so, als sei ich zufrieden mit dem Stand der Dinge. Wenn er ahnte, wie es in meinem Herzen aussieht! Ob er wohl sehr erschrecken würde? Er soll es nie niemals erfahren. Warum er wohl so rot und verlegen wurde, als ich ihn fragte, warum er all die Jahre nicht zu hause ging? Ob das mit seiner Herzensart zusammenhängt? Vielleicht gehört die Dame, die er liebt, zur Umgebung der Herzogin Elisabeth? Wenn ich nur wüßte, wer es ist? Gestern glaubte ich, er liebe vielleicht eine Dame, die ihm nicht ebenbürtig ist, weil Papa mir sagte, daß der Herr von Ramberg dürfte er nur eine Dame von altem Adel heiraten. Aber da war ich wohl auf falscher Fährte. Oder bin ich es heute? Ach, wenn ich doch nicht mehr daran denken müßte, daß seine Liebe nicht mir gehört, sondern einer anderen! Wenn ich doch gleichgültig darüber hinwegsehen könnte! So leicht wäre dann alles, was mir jetzt so schwer erscheint.“

Die nächsten Tage vergingen in ziemlich Unruhe für das Brautpaar. Sie kamen kaum noch dazu, eine Weile ungestört miteinander zu plaudern. Am Nachmittag des 8. Mai wollte Graf Rainer nach Ramberg zurückkehren, jedoch wollte er dann am 15. Mai noch einmal nach der Residenz kommen. An diesem Tage sollte die offizielle Verlobungsfeier im Jungfernhörschen stattfinden. Dieser Feier sollten auch Graf Hennig Ramberg, Rainers Bruder, und Gräfin Gerlinde, die Witwe des verstorbenen Majorats Herrn, Grafen Magnus, bewohnen.

Wenn sich Gräfin Gerlinde dazu entschließen kann, an einer solchen Feier teilzunehmen, sagte Graf Rainer zu seiner Braut, als sie über diese Angelegenheit sprachen. „Das Trauerjahr um ihren Gemahl ist zwar zu Ende, aber sie trägt noch tiefe Trauer und lebt sehr zurückgezogen.“

Josta sah ihn fragend an.

„Gräfin Gerlinde lebt noch in Ramberg, nicht wahr?“

„Ja, Eigentlich hätte sie nach dem Tode ihres Gemahls das Witwenhaus bezogen, ein willkürliches Gebäude am Ausgang des Ramberger Parks. Aber da ich bisher unvermählt war, habe ich angeboten, sie soll in Schloß Ramberg ihre Zimmer ruhig weiter benutzen, bis einmal eine neue Herrin in Schloß Ramberg einzieht. Das hat sie mir dann angenommen. Ich wohne im anderen Flügel des Schlosses, dem sogenannten Fremdenflügel, sonst nur von Gästen bewohnt wird, und Gräfin Gerlinde hat nun bisher im Westflügel weiter gelebt, wo sie es seither gewohnt war. Wir sehen uns täglich bei den Mahlzeiten, die wir gemeinsam einnehmen, und verplaudern manchmal Abend miteinander. Sie ist eine kluge, geistvolle Frau, sehr liebenswürdig und interessant, und wir verstehen uns vorzüglich und kommen gut miteinander aus. Wir haben uns gegenseitig die Einsamkeit erträglich gemacht, weil aus Rücksicht auf die Trauerzeit um meinen Gemahl wir mit wenig Menschen verkehrt. Außer der Wittberg mit wenig Menschen verkehrt. So ist eine Art treue Kameradschaft zwischen uns entstanden.“

Josta hatte aufmerksam zugehört.

„Weiß die Gräfin Gerlinde, daß du nach der Residenz gereist bist, um — nun, um dich zu verloben?“

Er schüttelte lächelnd das Haupt.

„Nein, Josta. So sicher war ich noch nicht, den Janort zu erhalten, daß ich eher darüber hätte sprechen können. Aber jedenfalls soll sie durch mich erfahren, daß ich mich verlobt habe. Deshalb habe ich an sie keine Verlobungsanzeige schicken lassen, ich habe auch die für Baron Wittberg noch zurückgehalten, damit sie nicht eher davon erfährt, als ich heimkomme. Sie muß zugleich erfahren, daß ich am 10. Juli in Schloß Ramberg eine neue Herrin einziehe oder vielmehr dann, wenn wir von unserer Hochzeitsreise zurückkehren. Ihre Ueberlieferung in das Witwenhaus ist nun nötig geworden.“

„Oh, — so werde ich sie aus Schloß Ramberg vertreiben?“ sagte Josta erschrocken.

Fortsetzung folgt.

Die preussische Regierung (gez. Dirsch, Strödel) hat alle Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten eines Telegramm gerichtet:

In einer Reihe von Stadtgemeinden ist die Stadtverordnetenversammlung und sind die Deputationen aufgehoben, an ihre Stelle sind für die gesamte Gemeindeverwaltung zur Durchführung der Revolution gebildeten Organe zu werden.

Ein derartiges Vorgehen widerspricht den grundlegenden Prinzipien der neuen Zentralorgane in Reich und Staat. Es bedarf aufs höchste den ruhigen Fortgang der Volkserziehung, der Unterstützung bedürftiger Familien, der Armenfürsorge und aller sonstigen kommunalen Aufgaben. Selbstverständlich können grundlegende Änderungen in der Organisation einzelner Gemeindeverwaltungen nur infolge gesetzgeberischen Vorgehens erfolgen. Nachdem gestern Tage der Rat der Volksbeauftragten ein bestimmtes Programm für Wahlen zu öffentlichen Körperschaften beschlossen hat, bleibt bis zu dessen Durchführung die bisherige Organisation in allen Stadtgemeinden und sonstigen kommunalen Verbänden bestehen.

Der Tod der Erbkönigin von Bayern erfolgte in Tegernsee in ihrem 70. Lebensjahre. Die Verstorbene war eine geborene Herzogin von Österreich-Este und zwar die letzte des Stammes Este-Modena.

Der Hansabund fordert das deutsche Bürgertum zur regen Bildung von Bürgerausschüssen auf. Die Bürgerausschüsse sollen in Fühlung mit der Reichsleitung den bestehenden AuSRäten in erster Linie folgende Aufgaben lösen: Wahrung der bürgerlichen Rechte und der Gleichberechtigung des Bürgertums bei allen staatsrechtlichen Maßnahmen.

Die in Straßburg verammelten Mitglieder der ersten Kammer des kaiserlichen Landtages haben sich als Reichstagsfraktion Nationalrat konstituiert und aus der Mitte einen provisorischen Verwaltungsausschuss gewählt, der Bevölkerung wurde die Konstituierung durch ein Auklus mitgeteilt.

Holland.

Der Kampf um die Nacht hat auch in der zweiten Kammer eingesetzt. Hier erklärte der sozialistische Arbeiter-Trotsky, die sozialistische Arbeiterpartei verlange nur etwas mehr oder weniger Reformen in dem kaiserlichen Regime, sondern sie verlange jetzt den Besitz der Nacht. Die Bewegung, über die sich das niederländische Volk nächsten Sonntag aussprechen werde, werde es zeigen, daß heute andere Dinge verlangt werden. Trotsky erklärte weiter, er werde niemals eine vollkommene Verbesserung der sozialen Zustände erreichen, solange die kaiserlichen Elemente am Ruder bleiben. Wenn wir sehen, daß jetzt im Osten geschehen ist, dann müssen wir den Augenblick ergreifen, die Nacht an uns zu reißen. Trotsky sprach seine Freude darüber aus, daß sein Parteiführer, Herr Ebert in Deutschland das Ruder in die Hände genommen hat.

In- und Ausland.

Berlin, 13. Nov. Das Verbot des Tragens von Waffen der Strafe erstreckt sich auch auf Jagdwaffen aller Art. Die Jäger vor Unannehmlichkeiten zu bewahren, ist ein laufiges Verbot für jede Ausübung der Jagd erlassen worden.

Berlin, 13. Nov. Die von gutunterrichteter Seite vertrieben, nimmt an Stelle des zurückgetretenen Staatssekretärs Stein der bisherige Unterstaatssekretär des Reichsfinanzamtes Dr. August Müller die Leitung des Reichsfinanzamtes ein.

Berlin, 13. Nov. Dem Vernehmen nach hat die sozialistische Regierung dem fortschrittlichen Abgeordneten Justizrat Baldstein die Leitung des Reichsfinanzamtes und dem bisherigen Staatssekretär Dr. Dernburg die Leitung des Reichsfinanzamtes angeboten.

Berlin, 13. Nov. Der sozialdemokratische Schriftsteller Herausgeber einer Korrespondenz Kurt Vase ist zum Reichsstaatsrat ernannt worden.

Berlin, 13. Nov. Nach einem Regierungserlass dürfen Wahlen zu öffentlichen Körperschaften in Zukunft mehr nach dem Dreiklassenstimmrecht stattfinden.

Dessau, 13. Nov. Staatsminister Dr. Gutschmidt ist zurückgetreten. Als sein Nachfolger kommt dem Vernehmen nach Herr Linde der Vertreter des 1. anhaltischen Wahlkreises Reichstag, Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Heine, in Frage.

Reichenberg i. B., 13. Nov. Die Landesregierung für die böhmischen Länder hat an den Präsidenten Wilson eine Beschwerde, in welcher sie im Namen von zweieinhalb Millionen gegen die Vergewaltigung deutsch-böhmischer Gebiete durch tschechisch-slowakische Truppen protestiert.

Berlin, 12. Nov. Die für Mittwoch, den 13. d. Mts., angekündigte Sitzung des Reichstages findet nicht statt. Die auf Freitag, den 15. d. Mts., anberaumte Sitzung des Reichstages findet nicht statt.

Berlin, 12. Nov. Der Deutsche Bankbeamten-Verein, ungefähr die Hälfte der Bankangestellten Deutschlands umfaßt und mit über 200 Zweigorganisationen über das ganze Reich verbreitet ist, hat sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt.

Berlin, 12. Nov. Die Beamten und Offiziere des Reichsfinanzamtes haben sich sämtlich dem AuSR zur Verfügung gestellt und bleiben im Amt.

Wien, 12. Nov. Präsident Wilson hat an den Präsidenten des Staatsrats, Karl Seitz, eine Botschaft gerichtet, in der er die befreiten Völker ermahnt, die begonnenen Änderungen in Ruhe und Ordnung ohne Gewalttätigkeiten durchzuführen.

Stockholm, 12. Nov. Hier hat unter gewaltiger Beteiligung Frauen eine große Kundgebung gegen die Verteuerung von Lebensmitteln stattgefunden.

Paris, 13. Nov. Die französischen Behörden haben eine Anzahl von Wohnungen reichsdeutscher, welche Frankreich verlassen haben, zur Unterbringung von französischen Flüchtlingen aus der Kriegszone requiriert.

Die Erklärungen Hindenburgs.

Abgabe unserer Kriegsschiffe. — Besetzung von Helgoland.

Die zum Hauptquartier der Obersten Heeresleitung dienenden Vertreter des Kölner AuSR geben nach ihrer letzten Erklärungen über das Resultat der Unterredung mit Generalmarschall v. Hindenburg. Der Feldmarschall hält es für seine Pflicht, auf seinem Posten zu bleiben, bis das Heer in seine Heimat zurückkehren kann. Die vielfach erörterte Frage, wann die feindliche Besetzung in den Rheinregionen zu erwarten sei, wird von den Obersten Heeresleitung auf das bestimmteste dahin

beantwortet, daß mindestens 31 Tage veranschlagt werden. Die Oberste Heeresleitung und der deutsche Kronprinz haben sich fortgesetzt über die Umwälzung im Volk und den Zusammenbruch der kaiserlichen Armee unterrichtet lassen.

Auf Grund der Kölner Vorrede wurden im Großen Hauptquartier außerordentlich weittragende Beschlüsse gefaßt und auf Anregung des Großen Hauptquartiers sofort in der Stadt und an der Front Soldatenräte nach Kölner Muster gebildet. Dadurch wurde eine ungeheure Katastrophe verhindert.

Bei Verzögerung der Schiffübergabe wird Helgoland besetzt.

Auf Grund der Bestimmungen zum Waffenstillstand (Internierung deutscher Kriegsschiffe in neutralen Häfen oder solchen der Verbündeten) sind von England zunächst folgende Kriegsschiffe namhaft gemacht: „Bayer“, „König“, „Großer Kurfürst“, „Kronprinz Wilhelm“, „Markgraf“, „Friedrich der Große“, „König Albert“, „Kaiserin“, „Kaiser“, „Prinzregent Luitpold“, „Hindenburg“, „Derfflinger“, „Seydlitz“, „Moltke“, „Von der Tann“, „Brummer“, „Bremse“, „Admiral“, „Dresden“, „Emden“, „Frankfurt“, „Wiesbaden“, 50 modernste Zerstörer. Die Abfahrt muß bis zum 18. November 5 Uhr vormittags erfolgen. Das Ziel ist noch nicht bekannt. Die Schiffe sollen mit reduzierter Besatzung fahren und ohne Munition.

Der deutschen Waffenstillstandsdelegation ist folgender Zusatz zu dem Vertrage zugegangen: Mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse wird den Bedingungen des Waffenstillstands zur See hinzugefügt: Falls die Fahrzeuge nicht in den bezeichneten Fristen übergeben werden sollten, werden die Regierungen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten das Recht haben, Helgoland zu besetzen, um ihre Übergabe zu sichern.

Das französische Torpedoboot „Mangini“ und das englische Torpedoboot „Star“ sind in die Dardanellen eingefahren, um sich nach Konstantinopel zu begeben. Die französische Marinebrigade in Syrien besetzt am 9. November Alexandrette.

Die abgewiesenen polnischen Marsden.

Der Boserer AuSR erließ eine Bekanntmachung, nach der durch Gerüchte vom Anmarsch polnischer Regimenter die Bevölkerung beunruhigt würde. Der AuSR hat sofort eine Kommission, der sich unter Führung des Abgeordneten Dr. Seuda die Vertreter der polnischen Reichstags- und Landtagsfraktion angeschlossen haben, nach der Landesgrenze abgeordnet. Die polnischen Abgeordneten erklärten, daß sie es auf keinen Fall zu einem Zusammenstoß mit den deutschen Soldaten kommen lassen werden.

In ganz Oberschlesien verbreitet sich das Gerücht, daß eine mehrtausendköpfige Volkshilfsbande sengernd und plündernd auf dem Wege nach Oberschlesien sei und die Grenze bereits überschritten habe. Wie man von zuverlässiger Stelle erfährt, waren die Gerüchte übertrieben. Dessen ungeachtet aber wurde zum Schutz der Grenze vor etwaigen Einfällen solcher Banden eine starke Grenzbesatzung aufgestellt, so daß vorläufig eine Gefahr nicht mehr besteht.

Aus Weuthen wird gemeldet: Die in Oberschlesien eingedrungenen polnischen Banden wurden von Teilen des 51. Inf.-Regiments über die Grenze geworfen, so daß die Ruhe wiederhergestellt werden konnte.

Die Rattowitzer Zeitung meldet: Die Meldungen der Berliner Abendblätter über das Eindringen polnischer Räuberbanden in Oberschlesien entbehren der Grundlage. Es erscheint ausgeschlossen, daß bolschewistische Räuberbanden über die Grenze kommen.

Der Übertritt Wilhelm II. nach Holland.

Berlin, 13. November.

Die Nationalzeitung behauptet, während das deutsche Volk noch immer auf einen leidlichen Ausgang des Krieges hoffte, habe bei Wilhelm II. und seiner Umgebung die Gewissheit vom kommenden Zusammenstoß schon länger bestanden. In aller Stille seien Vorbereitungen für den Übertritt ins neutrale Ausland getroffen worden. Das im Inlande sorgfältig gewahrte Geheimnis sei der Entente nicht verborgen geblieben. Während anfänglich das Schloß Middachten bei Arnheim als Aufenthaltsort ausersehen war, sei später Amerongen bei Utrecht in Betracht gezogen worden, das einem Onkel des Besitzers von Middachten gehöre, der außerdem noch acht Schlösser besitzt. Mit der Familie Ventink sei der Kaiser schon lange bekannt, ein älterer Bruder des jetzigen Gutsbesizers für Wilhelm II. sei britischer Oberleutnant gewesen und seine Söhne dienten in der englischen Armee. Die ganze Familie Ventink habe starke Beziehungen nach England.

Auslieferung Wilhelms II. verlangt.

Amsterdam, 13. Nov. Dem „Algemeen Handelsblad“ wird von seinem Londoner Korrespondenten telegraphiert, daß von vielen Seiten, auch von sehr gemäßigten, gegen den Aufenthalt des Kaisers in Holland energisch protestiert wird. Man verlange allgemein seine Auslieferung an die Alliierten. „Mercury Post“, „Times“ und „Daily Mail“ sagen, der Kaiser müsse wie Napoleon I. auf Lebenszeit interniert werden.

Wilhelm II. ist von keinem Mitglied seiner Familie begleitet, sondern ausschließlich von Offizieren seiner Umgebung, von denen einige ebenfalls im Schloß Amerongen Wohnung genommen haben. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß der Kaiser vorläufig hier bleiben wird.

Der Kronprinz traf in Maastricht ein. Er hat sich an die Königin mit der Bitte gewandt, ihm ein kleines einfaches Haus anzuweisen, in dem er die Gastfreundschaft Hollands genießen kann. Der Kronprinz hat sich in Spa von den Truppen verabschiedet und fuhr dann in drei Automobilen mit seiner Begleitung zur holländischen Grenze und nach Maastricht.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 13. Nov. Nach einer Meldung des deutschen Verbindungsstabes in Budapest hat die ungarische Regierung der ersten Armee und der Armee Radetzky je sechs Büge täglich zum Abtransport zur Verfügung gestellt.

Berlin, 13. Nov. Ein Austausch des Soldatenrates hat die Einlegung von Standgerichten beschlossen. Ein russischer Wänderer wurde bereits im Volkstribunal standgerichtlich erschossen.

Berlin, 13. Nov. Feldpostsendungen nach dem Westen werden nicht mehr angenommen. Ausgegebene Sendungen werden den Absendern zurückgegeben.

Leipzig, 13. Nov. Die verlanget, sind Oberst Piskan und Oberleutnant Freise, sowie zehn andere höhere Offiziere angefaßt des widerrechtlichen Geistes im Offizierskorps auf Befehl des AuSR verhaftet worden.

Wilmshaven, 13. Nov. Der kleine Kreuzer „Königsberg“ ist mit den Bevollmächtigten des AuSR, angelaufen zu einer Zusammenkunft mit Vertretern der englischen Admiralität. Es handelt sich um Besprechungen über den Waffenstillstand.

Osaka, 13. Nov. Aus Paris wird gemeldet: Die Ministerpräsidenten der alliierten Mächte werden demnächst in Versailles zusammenkommen, um die verschiedenen Probleme zu behandeln, die mit dem Frieden im Zusammenhang stehen.

Preussisches Kronvermögen beschlagnahmt.

Berlin, 13. Nov. Die preussische Regierung erläßt folgende Bekanntmachung: Sämtliche zum preussischen Kronvermögen gehörige Gegenstände werden hierdurch mit Beschlagnahme belegt. — Die Verwaltung wird dem preussischen Finanzministerium übertragen. — Das nicht zum Kronvermögen gehörige Vermögen, im Sondervermögen des Königs und der königlichen Familie stehende Vermögen wird hierdurch nicht berührt.

Die Besetzung Helgolands wahrscheinlich.

Berlin, 13. Nov. Der Zusatz zu dem Waffenstillstandsbedingungen, wonach bei nicht rechtzeitiger Ankunft der zu übergebenden deutschen Schiffe am 18. November Helgoland besetzt werden soll, wird wahrscheinlich Tatsache werden. Die Besetzungen der Schiffe, namentlich die U-Boot-Deute, weigern sich entschieden, an Bord zu gehen, da sie die Internierung fürchten. Unter diesen Umständen wird die Besetzung Helgolands durch die Verbündeten kaum vermieden werden können.

Amerikanische Flieger in Köln?

Berlin, 13. Nov. Wie soeben von besonderer Seite aus Köln mitgeteilt wird, sind heute im Laufe des Nachmittags mehrere amerikanische Flieger in Köln gelandet.

Der Waffenstillstand zur See.

Wilmshaven, 13. Nov. Heute nacht hat durch Funknachricht der Chef der englischen Flotte dem Chef der Hochseeflotte Anweisung gegeben, sich mit einem Kreuzer an einer bestimmten Stelle einzufinden, um Besprechungen zur Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen aufzunehmen.

Vorübergehende Besetzung des linken Rheinufer.

Neuwied, 13. Nov. Staatssekretär Lanfing äußerte in einer Ansprache im Senat, die Besetzung des linken Rheinufer werde nur eine vorübergehende sein. Je schneller der Frieden mit Deutschland zustande komme, um so schneller werde auch wieder das linke Rheinufer geräumt werden.

Französische Sozialisten gegen Annektionspläne.

Genf, 13. Nov. Die Pariser Blätter „Humanité“ und „Journal de Veuple“ berichten, die französischen Sozialisten verlangten die Einberufung einer internationalen Konferenz. Sie beabsichtigen, im Parlament auf das entschlossenste gegen imperialistische Pläne auf das linke Rheinufer Stellung zu nehmen.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hachenburg, 14. November.

(Die Umwälzung in Hachenburg.) Aus der Entwicklung der innerpolitischen Ereignisse hat sich auch in unserer Stadt gestern Abend ein von der Bürgerschaft und den Soldaten gewählter Arbeiter- und Soldatenrat ordnungsgemäß konstituiert. In einem Aufrufe an der Spitze unserer heutigen Ausgabe wendet sich derselbe an die Einwohnerschaft unserer Stadt und ermahnt dringend, zu unterlassen, was geeignet ist, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören, da nur unter dieser Voraussetzung eine ungestörte Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln gewährleistet werden kann. Ferner wird er in gemeinschaftlicher Arbeit mit der städtischen Verwaltung die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durchzuführen und jedem Einwohner das gleiche Recht, das seither nur auf dem Papier gestanden, zuteil werden lassen.

§ Notgeld. Durch die Ausgabe von Notgeld seitens der Stadt Wiesbaden und Frankfurt a. M. und einzelner Kreise ist die Geldknappheit, namentlich auch in den ländlichen Bezirken, noch immer nicht behoben. Der Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden hat daher die ministerielle Genehmigung zur Ausgabe von 40 Millionen Notgeld erwirkt, das durch die Nassauische Landesbank in Stücken von 5, 10, 20 und 50 M. in Teilbeträgen demnächst in Verkehr gebracht wird. Nähere Angaben über die Geldzeichen und die spätere Einlösung werden in Kürze folgen.

Kommunistische Erzeffe in Wien.

Der vollzogene deutsch-österreichische Anschluss.

Wien, 13. November.

Nach kürzerer Beratung ist die Nationalversammlung, den Beschlüssen des Staatsrates über den Anschluss der deutsch-österreichischen Republik an das Deutsche Reich beigetreten. Der Anschluss wurde in folgender Form bekanntgegeben:

Die Nationalversammlung hat in der heutigen Sitzung den vom Staatsrat vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die Proklamation der Deutsch-Österreichischen Republik als Bestandteil der Deutschen Republik unter begeisterten Beifall einstimmig angenommen.

Das Parlamentsgebäude war von dichten Menschenmassen umlagert und die organisierte Arbeiterschaft unternahm einen großen Umzug. Als Staatsrat Renner sich auf die Rampe begab, um die Beschlüsse der harrenden Menge zu verkünden, rief eine Gruppe von Kommunisten, die vorher schon Schimpfblätter gegen die offizielle Demokratie verteilt hatte, Störungen hervor.

Genergefecht mit der roten Garde.

Bald entstand eine wilde Schiere vor dem Parlamentsgebäude. Schon stürmten zwanzig Soldaten, geführt von einem Offizier, gegen den Eingang, pflanzten dort die Bajonette auf ihre Gewehre und riefen: „Heraus mit den Schwarzen!“ In diesem Augenblick fiel ein Pistolenbeschuss aus der Gruppe, die auf der Rampe stand.

Das war das Signal zum Angriff der roten Garde, die auf den Stufen des Reichstagsgebäudes Deckung nahm, gegen die Flampe vorhing und das Feuer eröffnete. Die zwanzig Mann, die einen Putz versucht hatten, indem sie ständig gegen den Eingang des Parlamentsgebäudes schossen, versuchten in das Gebäude zu gelangen. Unter der Menge entstand eine fürchterliche Panik. Die Volkswehr, welche die Fahrbahn vor dem Parlament freihalt, drängte nun gegen das Gebäude vor und eröffnete ein lebhaftes Feuer in die Luft, um die Menge zu zerstreuen. Mehrere Personen wurden getroffen, zahlreiche durch Querschüssen oder andere Unglücksfälle verletzt. Die rote Garde ist für eine kommunistische Republik, ist aber in der Minderzahl gegenüber der Volkswehr, die zur demokratischen Republik steht. Nachdem die Volksmenge gelassen war, trat etwas Ruhe ein, jedoch ist die Lage bis zur Stunde noch nicht geklärt.

Rah und Fern.

Die Wiedereröffnung des amtlichen Verkehrs der Berliner Börse wird am Freitag, den 15. November erfolgen.

Dammbruch am Mittelkanal. Am Rhein-Besler-Kanal ist bei dem Dorfe Dankerlen ein Dammbruch erfolgt. Die Wassermassen überfluteten mit elementarem Gewalt Dörfer und Gelände. Die Bewohner dieser Häuser wurden durch Pioniere mit Buntons von den Dämmern geholt und vor dem Ertrinken gerettet. Ein Kohlenstift ging durch die Öffnung auf das platte Land. Nachdem die Sperstoren in Tätigkeit gesetzt waren, konnte die Durchbruchsstelle wieder geschlossen werden, so daß der Schiffsverkehr bald wieder beginnen kann.

Grippferien in den holländischen Universitäten. Infolge des fortgesetzten Umfichereifens der spanischen Grippe in Holland sollen die Universitäten geschlossen werden. Die Universität Leyden hat die Vorlesungen bereits eingestellt.

Zusammenstoß zwischen einem englischen und einem spanischen Schiff. Ein Telegramm aus West indien meldet, daß zwischen dem englischen Schiff "Keresba" und dem spanischen Schiff "Cot Betab" ein Zusammenstoß stattgefunden habe. Das spanische Schiff sank; 12 Mann kamen um.

Luffpost Australien - England. In Australien wurde eine Gesellschaft mit einem Kapital von 500 000 Pfund Sterling für die Errichtung eines Luffpostdienstes zwischen Australien und England gegründet. Man glaubt, daß die Reise in 150 Stunden zurückgelegt werden könne.

Die deutschen Zeitungen in Nordamerika. an Zahl etwa 350, sind dem Untergange geweiht. Einige der deutschen Tageszeitungen hatten stätliche Auflagen, die bis an die Hunderttausend gingen. Viele andere hatten

allerdings nur eine ziemlich geringe Auflage, aber sie waren für ihre Leser die einzige Gelegenheit, mit der deutschen Sprache vertraut zu bleiben und sich über die Vorgänge in ihrer deutschen Heimat zu unterrichten.

Die erste lettische Wagner-Oper. In dem früheren russischen Stadttheater in Riga, das jetzt von der Stadt den Letten zur Verfügung gestellt ist, wurde als erste Oper Richard Wagners "Die Walküre" in lettischer Sprache gegeben. Der "Strejola's Holandiers" - so heißt das Werk auf Lettisch - ist überhaupt die erste Wagner-Oper, die mit lettischem Texte aufgeführt wurde.

Für Deutschland bestimmte Lebensmittel gestohlen. Der Krakauer "Gazet" meldet, daß 400 Waggons Nahrungsmittel, die der polnische Minister Minkiewicz für die Nahrungsmittelverteilung in Deutschland überlassen hatte, unterwegs auf einer galizischen Station von dem begleitenden ungarischen Leutnant Kolban und seiner Begleitmannschaft ausgeplündert worden sind. Der Leutnant und seine Komplizen sind verschwunden. Durch das Dazwischentreiten der Ortspolizei, die aus eigenen polnischen Legionärsoldaten bestand, gelang es, ein paar Waggons von der Plünderung der Verladung zu retten. Der Wert der gestohlenen Sachen beträgt über 60 Millionen Kronen.

Eine Riesenwaffenfabrik in Frankreich? Nach einem Bericht des amerikanischen Pressedienstes wird gemeldet, daß das Kriegsdepartement die Mittel für eine in Frankreich zu erbauende Geschützfabrik mit etwa dreißig Millionen Dollar genehmigt hat. Die technischen Vorarbeiten für das Werk, das den Kruppischen Fabriken in Essen an Größe nicht nachstehen soll, sind vollendet. (Nach "Abstrakt" klingt das gerade nicht!)

Kaffee-Wirtschaft in Brasilien. Die letzten Meldungen vom brasilianischen Kaffeemarkt berichten, daß die im Juni und Juli eingetretenen Frostschäden die schlimmsten seit fast fünfzig Jahren sind. An einzelnen Stellen sind 70 bis 90% der Ernte vernichtet. Der Verlust, den die Kräfte den Kaffeepflanzen zugefügt haben, soll eine halbe Milliarde betragen.

Ein Doppelmord wurde vor einigen Tagen in Berlin verübt und ist erst jetzt inoffiziell bekannt geworden. Ein polnischer Rohschlächter, der sich Kofled nennt, hat in einer Unter den Linden liegenden Wohnung den 28 Jahre alten Rohschlächter Josef Erbacher und dessen 25 Jahre alte Frau Minna Eiders erschossen. Kofled hatte vor einigen Wochen in dem Geschäft gearbeitet und war nach einem Streit entlassen worden. Die Tat geschah wahrscheinlich aus Rache, da nichts geraubt ist.

Explosion eines Geschoszfabrikwerks. Aus Wahn (Abeinsland) wird gemeldet: Am 9. November, morgens 7 Uhr explodierte das Geschoszfabrikwerk. Die in der Nähe befindlichen Betriebs- und Speichergebäude sind stark in Mitleidenschaft gezogen. Es gab viele Verwundete. Die

Zahl der Toten konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Siebesgenossenschaft für Beerensäfte. In Hohenheim hat man auf die Spur einer Gesellschaft gekommen, die sich zum Mord an dem Reichspräsidenten bereinigt hat. In einer Wirtshaus spielte der Bier den Heiler. Durch ihn wurden von Militärpersonen alle möglichen Waren beschlagnahmt, mehrere tausend Strohhüte, Militärkleidung, Schuhe und Stiefel, Holzerter Kupferdraht aus Berlin, Leinwand, Fett und dergleichen mehr, um zu ungeschätzten Preisen weiterverkauft zu werden. Bisher sind 23 Militär- und Zivilpersonen zur Anzeige gebracht.

Zwei böhmische Gefangen verhaftet. In Hohenheim, Hatten des ehemaligen Statthalters von Böhmen, und ihre Schwester Gräfin Laaffe wurden in Prag verhaftet. Sie werden beschuldigt, Lebensmittel aus dem Besitz des roten Kreuzes verkauft zu haben.

Nobelpreise für Physik und Chemie. Die Akademie der Wissenschaften in Stockholm beschloß, den Nobelpreis für Physik für 1917 Professor Charles Barkla in Edinburgh zu erteilen, als Belohnung für seine Entdeckung der charakteristischen Röntgenstrahlung der Elemente. Der Preis für Chemie desselben Jahres wurde zu den beiden Nobelpreisen der chemischen Preisgruppe gelegt. Die Preise für Physik und Chemie für das Jahr 1918 wurden zurückgelegt.

Polen, 12. Nov. Im Verlaufe von Verhandlungen zwischen dem Reich und Vertretern der polnischen Regierung und von Beamten und gewerkschaftlichen Organisationen fanden, trat Oberbürgermeister Dr. Widma von seinem Amte zurück. Die Verträge des Oberbürgermeisters hat nachher Reichsanwalt und Stadtverordneter von Drzewick übernommen.

Aus dem Gerichtssaal.

Verurteilung eines Krüppelgewinners. Der Hofrat Otto Robert Han in Grimnitzau, der unter Verletzung des geltenden Verbots Lotterien veranstaltete und mit einem hohen Gewinn verfuhr, wurde zu 45 000 Mark Strafe und Eingekerkung des übermäßigen Gewinns im Betrage von 211 000 Mark verurteilt.

Im Eisenbahnunglück bei Dresden. Im Dresdener Landgericht begann die Verhandlung gegen den Lokomotivführer Schneider und den Heizer Becker wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und Gefährdung eines Eisenbahnverkehrs. Es handelt sich um das Eisenbahnunglück vom 22. September, wodurch 33 Fahrgäste des Berliner Zuges getötet, während acht weitere starben und 15 Verletzte, sowie eine Anzahl leicht verletzt wurden. Nach 15 stündiger Verhandlung wurden beide Angeklagte zu je acht Monaten Gefängnis verurteilt. Schneider nur wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahnverkehrs, Becker zum noch wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung. Beiden wurde die Unterernährungszeit voll angerechnet.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Pirchhölzl in Hachenburg

Berlin W. 9, den 14. Oktober 1918.

Rückführung von Vieh aus dem besetzten Gebiete

Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß demnächst Vieh aus den besetzten Gebieten zur Einfuhr gelangt. Das Vieh wird, soweit es sich um Rind- und Zuchtwiehe handelt, den landwirtschaftlichen Vertretungen zur Abgabe an Landwirte, soweit es sich um Schlachtvieh handelt, der Zentralstelle für Fleischversorgung zur Schächtung überwiesen werden. Ueber die Behandlung dieses Viehes bestimmen sich folgende:

1. Die Tiere sind beim Eintreffen am Entladeorte amtlich-ärztlich zu untersuchen. Bei Feststellung von Seuchen ist, soweit nicht die sofortige Abschichtung des Transportes erfolgt, nach den Seuchenvorschriften im Inland zu verfahren.
2. Die Tiere sind getrennt aufzustellen und von der Verführung mit inländischem Vieh fern zu halten.
3. Soweit das Vieh von den landwirtschaftlichen Vertretungen an Landwirte abgegeben wird, unterliegt es beim Käufer einer 14 tägigen, den Besitzer in der Benutzung der Tiere nicht beschränkenden polizeilichen Beobachtung. Die Ortspolizeibehörde der Orte, in die die Tiere verbracht werden, sind von der Ortspolizeibehörde der Verteilungsorte zu informieren. Am Ende der Beobachtungsfrist sind die Tiere nochmals amtlich-ärztlich zu untersuchen. Werden die Tiere gesund befunden, so sind die Maßregeln aufzuheben.
4. Die benutzten Eisenbahnwagen, Laderampen usw. sind verschärft zu desinfizieren.

Eure Hochgeborenen/Hochwohlgeborenen wollen hiernach das Erforderliche veranlassen.

Als Abnahmestellen des für die landwirtschaftlichen Vertretungen bestimmten Viehes kommen in dem besetzten Gebiete nach Mitteilung der Landwirtschaftskammer Frankfurt a. M., Coblenz bei Wiesbaden, Limburg a. L. in Betracht.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

J. A. v. S. v. S.

In sämtliche Herren Regierungspräsidenten,

J. Nr. 2. 1643. Marienberg, den 30. Oktober 1918.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Vorstehender Ministerialerlass wird zur Kenntnisnahme und gegebenenfalls zur entsprechenden Beachtung veröffentlicht.

Der Königl. c. Landrat.

Ulrich.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 4. 11. 1918. Der Bürgermeister.

Marienberg, den 2. November 1918.

Buchdruck-Sammlung.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung vom 20. September, Kreisblatt Nr. 26, mache ich wiederholt darauf aufmerksam, daß die Abnehmer außer dem Sammelpreis von M 1,65 für jedes abgelieferte Kilogramm verwendbare Buchdruck erhält

1. entweder eine Quittung, auf Grund deren ihm vom Kommunalverband die Brauberechtigungen erteilt wird, eine gleichgroße Buchdruckmenge wie er an die öffentliche Brauberechtigungsstelle geliefert hat, zu Oel für seine Wirtschaft schlagen zu lassen, oder

2. eine Quittung, auf Grund deren ihm vom Kommunalverband ein Bezugchein über 2 Pfund in Höhe von 0% des Gewichtes der abgelieferten Buchdruckmenge erteilt wird. (Oelbezugchein). Die Quittungen sind dem Kreisaußschuß zur Ausfertigung des anhängenden Schlags bezw. Oelbezugcheines einzureichen.

Die hierher mitgeteilt wird, besteht die Gefahr, daß Buchdruck für Preise, die über den festgesetzten Höchstpreis von M 1,50 je kg weit hinausgehen von der Bevölkerung aus benachbarten Provinzen eingeschmuggelt werden und so der Allgemeinheit verloren gehen.

Die Herren Ortsamtsleiter werden ersucht, jedem Vorgeben im Interesse der Allgemeinheit mit allen Kräften entgegenzutreten, die Buchdrucksammlung auf diese Gefahr hin genau zu überwachen und mit geeigneten Mitteln zu wehren.

Der Kreisaußschuß des Oberwiesenthaler Kreises. Ulrich.

W. v. S. v. S.

Hachenburg, den 7. 11. 1918. Der Bürgermeister.

Von einer Seite, die nicht genannt sein will, sind mir für wohltätige Zwecke 2000,- M. überwiesen worden, über deren Empfang ich hiermit der Ordnung halber auch öffentlich dankend quittiere.

Hachenburg den 13. 11. 1918. Der Bürgermeister.

Am Samstag, den 16. November 1918, nachmittags von 1 bis 5 Uhr findet in dem Geschäft von Otto Schulz Butterverkauf statt und zwar wie folgt:

von 1-2 lbr Fettbutter Nr. 1-125
" 2-3 " " " 126-250
" 3-4 " " " 251-375
" 4-5 " " " 376-Schluss.

Preis pro Pfund 4,30 M.

Hachenburg, den 13. 11. 1918. Der Bürgermeister.

**Barometer
Thermometer
Lesegläser und Brillen**
empfehlen
**Ernst Schulte, Uhrmacher
Hachenburg.**

**Mein Lager in Möbeln
ist wieder reichlich gefüllt:
komplette Schlafzimmer, Bettstellen
Vertikows
sowie Küchenschränke, Glaskränke u. s. w.
Karl Baldus, Hachenburg.**

Karl Winter, Hachenburg
Fernsprecher Nr. 27.
In allen Längen halte stets reichlich am Lager
Hobelzweigen, Dachbretter, Nut- und
Federbretter, Spaltbretter, Dielen,
Spalier- und Dachlatten.

Traueranzeigen in Bogen- und Kartenform
Liefert schnellstens Buchdruckerei Th. Pirchhölzl, Hachenburg

Nur für Wiederverkäufer!
Zylinder, Lampenteile
Emailwaren, Blechwaren, Spielwaren
Korbwaren, Leiterwagen
Porzellan- und Glaswaren
Lagerbestand lohnend.

Albert Rosenthal, Nassau a. d. Lahn

Schlachtpferde
sowie Notschlachtungen kauft
Hugo Kessler, Pferdemeister
Wiesbaden. Telefon 2612.
Ich habe den Erlaubnisbeschein.

Alle Schirmreparaturen
werden von heute ab wieder ausgeführt
sowie
sämtliche Drechslerarbeiten
wieder geliefert.

Heinrich Orthey, Hachenburg

Helioskerzen
wieder eingetroffen.
C. von Saint George
Hachenburg.

Einige Hühner
mit Eiern, Brut 17 etc.
zu kaufen gesucht. Näh.
der Geschäftsstelle d. H.

**Salizyl-Pergamentpapier
Lederfett**
in verschiedenen Packungen
Ta Fußbodenanstrich
Werk "Hohenland"
Feldpostkartons
billig.

**C. Henney
Hachenburg.**

**Mehrere zugkräftige
Pferde
verkauft**
Gustav Berger & Co.
Hachenburg.

**Sargbeschläge
Papierverzierung
und
Leichenwäsche**
in empfehlender Ausführung
Karl Baldus, Hachenburg
Magenwein
empfehlen K. Dorsch, Hachenburg